

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Antliches.

Einberufung des Landtages.

Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht folgende Bekanntmachung:
„In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 5. d. M. werden die
Herren Mitglieder der beiden Häuser des Landtags hierdurch er-
gebenst davon in Kenntnis gesetzt, daß die Eröffnung des auf den
14. d. M. einberufenen Landtags an diesem Tage, Mittags 12 Uhr,
im Weissen Saal des königlichen Schlosses erfolgen und daß
zuvor Gottesdienst um 11 Uhr im Dome für die evangelischen
und um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen
Mitglieder stattfinden wird.“

Berlin, den 9. Januar 1882.

Der Minister des Innern v. Puttkamer.

Reichstags-Verhandlungen.

CPC. Berlin, 10. Januar.

Der Reichstag nahm in seiner heutigen (21.) Plenarsitzung
den Bundesratsbeschluss, betreffend die Aufnahme der Kalifi-
brillen und Anstalten zum Imprägnieren von Holz mit
erhöhten Theerölen in das Verzeichnis einer besonderen
Genehmigung bedürftigen gewerblichen Anlagen in erster und
zweiter Beratung ohne Debatte an. Sodann beantragte Abg.
Schröder (Wittenberg) namens der Geschäftsordnungscommission,
die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der
Verbreiter eines im Wahlbezirk Jülich-Erlangen beschlagnahmten
Flugblattes wegen Verleumdung des Reichstages nicht zu er-
theilen. Der Antrag gab Anlaß zu einer etwas hitzigen Ausein-
andersetzung zwischen den Abg. Richter (Hagen), Dr. Braun und
Dr. Lasker einerseits und Staatssekretär v. Bötticher sowie den
Abg. Soro und Freih. v. Münnigerode andererseits. Abg.
Richter (Hagen) hielt den Reichstag für zu vornehm, als daß
er Verleumdungen strafrechtlich verfolgen lasse und verlangte, daß
die Regierung, wenn sie den Reichstag nicht ganz mit solchen An-
trägen versehen wolle, wenigstens unpersönlicher verfahren
und auch die dem Reichstagsantrag nachstehende Presse nicht
vergesse. Staatssekretär v. Bötticher bestritt, daß bei der
artigen Anträgen tendenziös verfahren werde; jeder Antrag eines
Staatsanwalts werde dem Reichstage vorgelegt. Abg. Richter
(Hagen) hielt an der Behauptung fest, daß die Staatsanwälte
jede entfernte Verleumdung in einem socialdemokratischen Platte

läßen, die vor den Augen der Regierung geschehenen Verleumdun-
gen seitens der öffentlichen Presse aber nicht. Staatssekretär v.
Bötticher entgegnete, wenn der Reichstag nach Ansicht Richters
zu vornehm sei, eine Verleumdungsfälle zu stellen, müsse er folge-
richtig auch über die Verleumdungen der öffentlichen Presse sich
nicht beschweren. (Widerspruch links.) Abg. Dr. Braun führte
einen Fall an, in welchem ein Staatsanwalt sich von ihm die
Ermächtigung zur Verfolgung eines socialistischen Blattes wegen
Verleumdung erbat, aber auf die Erwiderung: Die Ermächtigung
solle erteilt werden, wenn der Staatsanwalt zugleich ein offizielles
Blatt, welches dieselbe Verleumdung enthalten habe, verfolgen
wolle, nicht antwortete. (Heiterkeit.) Abg. Soro bemerkte dem-
gegenüber, daß die Ertheilung der Ermächtigung geschehen an
eine Bedingung geknüpft werden dürfe, worauf Abg. Dr. Braun
beistimmte, daß bei seiner Antwort die Ermächtigung an eine Be-
dingung geknüpft gewesen; er habe nur gleiches Recht gegen alle
Verleumdungen gefordert. Abg. Richter (Hagen) bemerkte, daß neu-
lich der Staatsanwalt ein Berliner Blatt wegen Verleumdung
Schröders verfolgt habe, weil ein öffentliches Interesse vorliege,
da Schröder Abgeordneter sei; bei von liberalen Abgeordneten ge-
stellten Verleumdungsklagen würde dagegen von der Staatsan-
waltschaft das öffentliche Interesse als nicht vorhanden erachtet.
(Hört! Hört! links.) Staatssekretär v. Bötticher erklärte, die
Regierung wolle keine Willkür. (Oh! links.) Man hätte an die
höhere Behörde gehen sollen. (Gelächter links.) Wir lebten doch
in einem Rechtsstaate (Zanobli! und Gelächter links.) Er sei
nicht im Stande, alle Fälle zu kennen, und ehe man an den
Reichstag gehe, solle man den Instanzenweg erschöpfen. Er be-
streite wiederholt, daß die Regierung willkürlich vorgehe. (Ge-
lächter links.) Abg. Dr. Lasker meinte, daß Bestreiten leicht
sei, die öffentliche Meinung aber etwas Anderes sage und Hand-
lungen, die gegen die Ehre gerichtet seien, nicht verfolgt würden;
noch neulich sei die Regierung interveniert, um einen Landrat,
gegen den Privatklage wegen Verleumdung anhängig gewesen,
seinem ordentlichen Richter zu entziehen. (Hört! Hört! Rechts-
staats! links.) Nachdem noch Abg. Soro die Staatsanwaltschaft
gegen den Vorwurf der Parteilichkeit in Schutz genommen und
Abg. Richter (Hagen) auf den Fall Carl Meyer Nordd. Abg.
Stz. hingewiesen und die Staatsanwälte als politische Instru-
mente der Regierung bezeichnet hatte, welche die Regierung zur
Durchführung ihrer Politik benutze, protestierte Abg. v. Münni-
gerode gegen die Benutzung der Redefreiheit, um hochgehaltene, an-
gegebene Beamte zu verleumdigen. Nach einer Replik des Abg.
Richter (Hagen) und einigen weiteren Bemerkungen der Abg.
Freih. v. Münnigerode und Soro, beschloß das Haus dem Antrage
der Commission gemäß.

Darauf wurde die Besprechung der Interpellation Vert-
ling fortgesetzt. Abg. Gebert (conserv.) sprach sich für die mög-

lichste Beschränkung der Sonntagsarbeit aus, wollte die Frauen-
arbeit ähnlich wie die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter geregelt
haben, hielt die Feststellung eines Normalarbeitstages für nicht
unmöglich und verlangte, daß die Fabrikinspektoren vor Allem
benachrichtigt würden über alle Unfälle. Abg. Grillenberger
(Soz.-Dem.) dementierte zunächst die kürzlich in der Presse ver-
breitete Nachricht, daß die Socialdemokraten von den socialistischen
Plänen Bismarcks nichts wissen wollten; sie würden prüfen und
das Gute annehmen, von wo es auch komme. Auf die Inter-
pellation eingehend, begrüßte er die Forderung des Verbots der
Sonntagsarbeit mit Freuden, da der Mensch eines Ruhetages be-
dürfe. Frauenarbeit sei möglichst zu beschränken, sie gefährde die
Sittlichkeit; Fabrikarbeiterinnen-Nachkommenschaft degenerire meist.
Der in der Schweiz eingeführte 11kündige Normalarbeitsstag liege
sich auch bei uns einführen und würde das Aufheben der Waga-
bundance als erste gute Folge haben. Die Einwände dagegen seien
nicht stichhaltig. Daneben sei Einführung des Minimalarbeitslohnes
zu empfehlen; die Wahl von Socialdemokraten in Arbeiterkreisen
dürfe Kaiser Bismarck nicht als regierungsfeindlich auffassen; sie
sei viel eher ein Protest gegen das Manchesterthum (Hört!
Hört!). Daß die Arbeiter misstrauisch seien, habe die Regierung
durch ihre eigenen Maßregeln verschuldet. Die gestrige Rede des
Reichstagslers sei viel zu manchesterlich gewesen und das Betonen
der Nothwendigkeit corporativer Verbände sei wohl Folge des
Verkehrs mit dem Minister Schaffle. (Heiterkeit.) Weiter em-
pfehlte Redner warm eine internationale Arbeitergesetzgebung;
wollten die Nachbarstaaten darauf nicht eingehen, so möge die
Deutsche Diplomatie auch hier einmal einen „kalten Wasserstrahl“
loslassen, und zwar bald. Die Fabrikinspektoren müßten größere
Befugnisse haben und nicht so viel mit den Fabrikanten halten.
Säcularistisch betonte Redner, daß seine Partei das hier Geforderte
nur als Abschlagszahlung betrachte und eine Lösung der sozialen
Frage nur von der Einführung des Socialismus erwarte. Abg.
Schröder war mit der Forderung einer internationalen Regelung
der Arbeiterfrage einverstanden und wandte sich gegen den Abg.
Richter, der kein Recht habe, sich stets auf die Stein-Hardenbergs-
sche Gesetzgebung zu berufen; vielmehr seien es die Gedanken,
die Stein auf die Agrargesetzgebung angewandt, und welche jetzt
in den Reformplänen des Reichstagslers und des Kaisers hervor-
traten. Der Ausfall der Wahlen sei einfach Folge der Unmäh-
igkeiten (Gelächter links), die über die Reformpläne verbreitet
worden. Werde die Aera der Reform durch die Linke zu nichte,
so sei das eine juchende Kritik der Unfruchtbarkeit der Liberalen.
(Gelächter links.) Die vom Kanzler betonten corporativen Ver-
bände hätten nichts gemein mit den fortschrittlichen Hirsch'schen
Corporationen. Von der Linken vermahne man sich fortwährend
dagegen, daß in den vorliegenden Fragen das praktische Christen-
thum betont werde, aber das Christenthum wolle doch praktisch

Hans Falkenberg.

Frei nach dem Englischen von H. Rosen.

(Fortsetzung.)

Ein alter vierediger normannischer Thurm, dessen stolze Binsen
längst zerbröckelt und verschwunden waren, eine noch aus der Zeit
der alten Adel erbaltene Bauwerk, welche den stillen Friedhof
weit überragte, umschloß die Wohnung des Ritters Joseph Matten.
Der untere Theil des Thurmes enthielt die Werkzeuge seines dä-
monischen Berufs: Spaten, Breter, Seile zum Hinunterlassen der Särge,
die Leichenbahre für die Armen der Gemeinde, zusammen mit Druck-
fäden alter Grabsteine, verfallener Bildsäulen und mehrere
verblühter Wappensteinen.

Der alte Mann war beinahe stolz auf die Sammlung der
verschiedenartigen Ueberreste, die er dort aufgedübelt hatte und
welchen er täglich neue hinzufügte; er öffnete kaum jemals ein
frisches Grab, ohne einige Ueberreste aus verschundenen Zeit-
altern zu fördern. Seine Frau Martha fand alle diese
Dinge entsetzlich und hatte viele erfolglose Versuche gemacht, ihre
Entfernung nach dem Leichenhaufe als einem weit geeigneteren
Ort für Vergleich zu bewirken, doch zeigte sich ihr Wille in diesem
Punkte beharrlich unangenehm.

Der obere Theil des Thurmes, zu dem man über eine Wen-
deltreppe gelangte, war vermittelst einer massiven eichenen Wand
in zwei Zimmer getheilt; das obere diente dem einsamen Paare
als Küche und Wohnstube, das zweite als Schlafkammer.

Joseph Matten saß an dem Tische, von welchem die Ueber-
bleibsel seines bescheidenen Abendessens noch nicht wegeräumt
waren. Seine Stirn, vom Alter gefurcht und von den tiefen
Narben durchspült, welche sein Gesicht entstellten, war in die Hand
gefaßt. Er ging noch immer mit sich zu Rath, ob es weise sei
dem jungen Schreiber zu vertrauen, und dennoch bedurfte er un-
umgänglich eines jüngeren und kräftigeren Beistandes.

„Vor dreißig Jahren“, murmelte er vor sich hin, „würde ich
im Stande gewesen sein, ihnen allein die Sterne zu bieten, aber
mit siebzig bin ich zu alt, um das zu wagen.“

Ein Klopfen an der unteren Thür des Thurmes belehrte ihn,
daß sein Gast angekommen sei.

„Es ist jetzt zu spät zum Ueberlegen“, sagte er sich. „Der
Himmel ist über uns Allen, und die Weisesten von uns sind nur
blinde Werkzeuge in seiner Hand.“

Joseph Matten zog die Schür, welche die Thüre unten öffnete
nahm die Lampe vom Tisch und leuchtete die Treppe hinan.

„Schnen Sie den eisernen Riegel?“ fragte er.

„Welchen? Es sind zwei da.“

„Den kürzeren.“

„Ich habe ihn gefunden.“

„Schnen Sie ihn vor, Barley.“

„Es ist gelassen.“

„So kommen Sie herauf!“

Nach wenigen Augenblicken standen sich die Beiden gegenüber.

Das Gesicht des Jüngeren verriet nicht die geringste Neugier.

Die Blicke des alten Mannes dagegen drückten Unsicherheit und
Zweifel aus.

„Richard“, begann der Ritter, „zum ersten Male seit vielen
Jahren stehe ich wieder im Begriff, einem Nebenmenschen etwas
Wichtiges anzuvertrauen. Es ist eine harte Lehre, welche uns
den Zweifel in die Seele pflanzt, aber früher oder später machen
wir sie uns zu eigen. Ich denke, Barley, Sie werden mich nicht
täuschen.“

„Wenn Sie es fürchten, kann ich umkehren, Matten.“

„Dazu ist es zu spät. Ob Gutes, ob Böses daraus entsteht,
ich muß Ihnen jetzt vertrauen schenken.“

„Wie es Ihnen beliebt, Meister Matten.“

„Ich habe Grund anzunehmen“, sagte der Ritter, „seine
Stimme beinahe zu einem Füllhorn dämpfend, daß in der heutigen
Nacht ein Versuch gemacht werden wird, die Sakristei der Kirche
zu berauben.“

„Des silbernen Abendmahlgeräthes?“

„Nein, das wird in dem Pfarrhause aufbewahrt; aber es
gilt einem der Kirchenbücher.“

„Das Buch, welches das Zeugnis von der Heirath des alten
Grafen Falkenberg mit seiner Geliebten Amalie Grapp und von
der Taufe seines Sohnes enthält“, bemerkte Richard Barley.

„Ich sollte darüber nicht erstaunt sein. Das Wunder besteht
darin, daß der Versuch nicht schon früher unternommen wurde.“

„Während so viele Zeugen noch lebten, wäre es nutzlos ge-
wesen.“

„Das ist wahr. Jetzt sind sie Alle todt, bis auf Marie Merri.“

Ein leichtes, fast unmerkliches Lächeln kräuselte die dünnen
Lippen Joseph Mattens. Dem schnellen Auge Barleys entging
es nicht, obwohl er es nicht zu beachten schien. „Der alte Welby,
der damals Pfarrherr war, scheint ein redlicher gewissenhafter
Mann gewesen zu sein. Keine Aussicht auf eine glänzende Lauf-
bahn konnte ihn in Versuchung führen. Hätte er eingewilligt,
die Enttragungen in's Kirchenbuch zu fälschen, so würde er ganz
gewiß die Pforte erhalten haben.“

„Nicht unwahrscheinlich“, murmelte der Ritter, den jungen
Mann ernsthaft anblickend.

„Eben schlug die Glocke die Mitternachtsstunde.“

„Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren“, fuhr der alte
Mann fort. „Nehmen Sie die Lampe und folgen Sie mir.“

„Werden wir nicht gesehen werden, wenn wir den Kirchhof
übersteigen?“

„Wir werden ihn nicht übersteigen.“

„Also noch mehr Geheimnisse, Meister Matten?“

„Ein sehr einfaches. Die alten Mönche waren ein listiges
Geschlecht, und haben so viele Aus- und Eingänge zu ihrem
Gebäude, wie die Kaninchen. Schon vor Jahren entdeckte ich
einen geheimen Verbindungsgang zwischen diesem Thurm und der
Kirche. Er ist keinem lebenden Wesen außer mir bekannt.“

„Ich bemerke, daß Sie einiges Vertrauen zu mir haben,
Meister Matten.“

„Sonn! wären Sie nicht hier. Ich hätte dann das Wagniß
allein unternommen.“

Der unterirdische Gang, durch welchen der Ritter den jungen
Mann geleitete, war stark gewölbt und für den nicht Eingeweihten
fast unauffindbar. Er führte unter dem Thurm hinweg und en-
digte in der Kirche hinter dem Grabmal eines Tempelherrn aus
dem Hause der Falkenbergs. Die gekreuzten Beine auf dem alten
Steinbild deuteten an, daß er im heiligen Lande gekämpft hatte.

Es war eines der wenigen Denkmäler, welche bei der Unter-
drückung des Ordens durch Philipp den Schönen von Frankreich
und Papst Clemens der Wuth seiner Feinde entgangen waren.

Joseph Matten und sein Gefährte waren beinahe eine Stunde
in der Vertiefung verborgen, welche eine Art von Leichenkapelle
für das Grab des Tempelherrn bildete, ehe sich etwas ereignete,
das ihre Aufmerksamkeit erregte. Richard Barley hatte sich mit
dem Schwert des Kreuzfahrers bewaffnet, das zusammen mit
seinem Schild und seinem rothigen Panzerhemd von dem ge-
meinsten Baldrich herabhing.

Die Zeit hatte die Schneide der Klinge so abgestumpft, daß
sie keine gefährliche Waffe war, dennoch glaubte der junge Mann
einen tüchtigen Fiebel damit versehen zu können.

„Still!“ flüsterte der Ritter. „Ich höre einen Schlüssel in
der Thür des linken Flügels drehen.“

„Sollen wir sie bei ihrem Eintritt überfallen?“ fragte der
Schreiber ebenso leise.

„Nein, erst wenn sie das Kirchenbuch genommen haben. Das
ist es, was ich ihnen entreißen möchte. Bombard kennt die ge-
heime Feste, welche den eisernen Schrank öffnet. Wäre ich da-
mit vertraut gewesen, so hätte ich mich längst des Buches
bemächtigt.“

Zwei Gestalten näherten sich langsam durch den mittleren Flügel.
Die erste war der Kirchenreiber, der eine dunkle Laterne trug.
Das Gesicht, welches der Lichtschimmer unsichtbar beleuchtete, schien
in nervöser Aufregung zu zucken. Sein Begleiter war der ältere
der beiden Fremden aus dem Rabenwirthshause. Er trug noch
seinen Bart.

Richard Barley schaltete sich unangenehm enttäuscht. Das war
nicht die Person, die er zu sehen erwartet hatte. Soweit seine

in das Leben eingreifen. Die Hertling'schen Forderungen seien Forderungen des Christentums und seien nicht für das städtische Wohl der Arbeiter. Die Sonntagsruhe sei städtische Anordnung und durchführbar. Die Frauenarbeit sei der Ruin des Familienlebens, und verheiratete Frauen sollten in Fabriken nicht arbeiten. Nicht zu übersehen sei aber die nicht minder schädliche Kinderarbeit. Der Normalarbeitstag sei durchführbar und im Interesse des Familienlebens zu fordern. Endlich sei zu wünschen, daß die Fabrikgesetzgebung auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werde. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Lasker suchte den Minister Stein für seine Partei in Anspruch zu nehmen, da derselbe zwei Perioden gehabt und ihm nicht der verbitterte Reaktionsär von 1818, sondern der begeisterte große Mann von 1808 sei. Aber durch große Namen lasse sich die liberale Partei nicht blenden, auch ein großer Mann könne irren. Das zeige der Reichskanzler auch, der für die Ablehnung der Unfallvorlage doch nur dankbar sein könne. Die Liberalen hätten, als sie die Herrschaft gehabt, positive Gesetze zu Nutzen des Volkes geschaffen, Gewerbe-, Handels-, Freizügigkeits-, Gastpflicht-, Fabrik- und Hilfskassen-gesetze. Ihre Gegner wandelten auf diese. Wegen weiter und könnten nach 3 1/2 Jahren einen eigenen Weg noch nicht finden. Die Liberalen hätten sich auf praktischem Boden bewegt, dem Volke, welches das materielle Leben gesichert sehen wolle, die Gründe praktisch dargelegt. Das thue aber die reichskanzlerische Politik nicht, deren metaphysische Pläne das Volk nicht verstehe. Er sei nicht gegen Verbesserungen auf sozialem Gebiete, aber es müsse Schritt für Schritt gehen und vor Allem das gefährliche Experiment des Staatszuschusses fortlassen. Die liberale Gesetzgebung sei nicht verderblich, nutz- und fruchtlos gewesen. Die Liberalen hätten einen Gesetzesregen losgelassen, so daß die Gegner damals ohne Regenschirm zu erscheinen fürchteten (Heiterkeit) und er hoffe, einen fruchtbaren Gesetzesregen. (Gelächter rechts. Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst fragte Herrn Lasker mit schneidender Schärfe, ob der Segen der liberalen Gesetzgebung etwa in der Bucherfreiheit oder im Culturtampf zu finden sei, und freute sich, daß die Zeit vorüber sei, wo Herr Lasker dem Herzen des Reichskanzlers so nahe kam und so tiefe Wunden in dasselbe werfen konnte. (Heiterkeit.) Er bedauerte, daß Reichskanzler und Conservative nicht denselben Eifer zum Gesetzgeben entwickelten, wie die Liberalen; das liege daran, daß die Conservativen nicht selbstständig seien und die Liberalen sich an die Reichskasse des Reichskanzlers noch immer hängten, die sie höchst ungern losließen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler habe gestern viel gegen sich gesprochen und die Waffen, um gegen die Hertling'sche Interpellation polemisieren zu können, aus Manchester geholt; doch dürften sich die Liberalen darüber nicht zu sehr freuen, denn Tabakmonopol und Staatszuschuß habe der Kanzler mehrmals erwähnt. Die Interpellation sei nicht verfrüht; denn die Lage der Arbeiter sei eine sehr traurige, Abhilfe thäte noth und Material sei vorhanden. Die Wahlen hätten gezeigt, daß die Arbeiter den Staatssozialismus nicht wollten. Hätte man vor den Wahlen die Parole: Corporative Verbände ausgegeben, hätte die Presse nicht einen Heldenkath der Begriffsverwirrung eingeführt, sei das offizielle Tabakmonopol nicht immer gezeigt worden, so wäre das Resultat ein anderes gewesen. Der Staatssozialismus sei die falsche Reaktion gegen die Individualisirung und Atomisirung der Arbeiterklassen in Folge der Herrschaft des Manchestertums und habe eine ungemeine Steigerung der Staatsmacht zur Folge. Wirtschaftliche und sociale Fragen müßten unabhängig von Politik behandelt werden, sonst näherte man sich leicht der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die Industrie habe durch die neue Schutzpolitik einen Aufschwung genommen; darum müsse auch die Besserung der Lage der Arbeiter jetzt in die Hand genommen werden. In einem Telegramm des Reichs für Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen an den Reichskanzler heiße es nun, die Arbeitslöhne seien besonders in der Montan-Industrie gestiegen. Da sei nun richtig die Steigerung nur eine scheinbare, künstlich gesteigerte. Es würden zu den Arbeitslöhnen nämlich auch die sehr hohen Beamtenlöhne gerechnet, und Ueberschüssen, zu deren Uebernahme die Arbeiter gezwungen würden, kämen in der Rechnung nicht zum Vorchein. Die Ueberschüssen verschluckten die häufige Erscheinung von Invaliden und Militärentauglichen unter den jugendlichen Bergarbeitern. Auf welchen Kohlenzweigen trete zudem eine Vertüfung der Arbeiter ein durch die sogenannte Ausgleichungsmethode, infolge deren ein Arbeiter manchmal die 10. Wagenladung ohne Entschädigung liefern müsse. Die Regierung möge einmal, statt sich bei den Beamten Auskunft zu holen, in die Arbeiterkreise gehen und dort nachfragen, dann käme bald Remedur. Wieder forterte zuletzt die Conservativen zu entscheiden der Arbeit auf; sie möchten an dem Eifer der Liberalen ein Beispiel nehmen und eine christlich-conservative Reform bald beginnen, damit ihnen nicht das schreckliche Wort entgegenkomme: Zu spät! (Beifall im Centrum.) — Hierauf wurde die Diskussion geschlossen und vertagte sich das Haus auf morgen 11 Uhr. L. O. Kleinere Vorlagen. Antrag Rittinghausen betr. Vermehrung der Wahlkreise. Antrag Windthorst. Schluß 5 Uhr. — Die Geschäftsordnungscommission beschäftigte sich heute mit der Frage, ob der Abg. Bernards wegen seiner Ernennung zum Ober-Landesgerichtsrath in Köln zur Niederlegung seines Mandats verpflichtet sei. Eine Gehaltsverhöhung hat

Erinnerung auch zurück reichte, konnte er sich nicht befinden diese Tage jemals erblickt zu haben.

„Es ist ein schreckliches Unternehmen, bei dem ich mitzuwirken zugelegt habe,“ bemerkte der Pfarramtschreiber. „Die Säulen dieser ehrwürdigen Kirche werfen ihren breiten Schatten auf das Pfaster, als ob sie jedes weitere Vordringen verbieten wollten!“ Sein Begleiter lachte spöttisch. „Ich wäre vollkommen zufrieden, wenn wir gegen einen leidenschaftlichen Feind zu kämpfen hätten, als gegen diese Schatten, welche Ihnen solche Angst einflößen. Wenn der alte Kreuzfahrer, dessen Gebeine in dieser Kirche ruhen, sich erheben und unseren Weg versperrten wollte, würde ich Ihr Entsetzen allenfalls begreifen.“

„Sprechen Sie nicht von solchen Dingen,“ bat Bomball, dessen Zähne zu klappern begannen, „Seltsame Gerüchte sind in dieser Kirche geübt und seltsame Erscheinungen sind darin gesehen worden.“

„Keine schlimmeren als die unsrigen,“ entgegnete der Fremde sorglos. „Kommen Sie, wir wollen schneller vorwärts gehen.“ (Fortf. folgt.)

der Abg. Bernards als Rath vierter Klasse durch seine Ernennung nicht erfahren, er hat sogar bisher ein höheres Gehalt bezogen, als er jetzt beziehen wird. Die Mehrheit der Commission schloß sich deshalb nicht der subtilen Unterscheidung des Abg. Loserth'scher als solchem und dem konkreten Falle an, sondern richtete sich nach dem Gehalt des Amtes des Ober-Landesgerichtsraths der Abg. Meyer, Dr. Windthorst, Gersch und Adersmann, wonach wenn es auch richtig sei, daß in abstracto das Amt des Ober-Landesgerichtsraths mit höherem Range und Gehalte verbunden sei, doch in dem konkreten Falle dem Abg. Bernards weder höherer Rang noch ein höheres Gehalt zu Theil geworden sei, daß endlich in zweifelhaftem Falle die Entscheidung für Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes getroffen werden müsse. Mit 7 gegen 5 Stimmen beschloß die Commission, das Mandat des Abg. Bernards für nicht erloschen zu erklären. Abg. Dr. Borch wurde mit der Abfassung des schriftlichen Berichtes an das Plenum betraut.

Deutschland.

Berlin, 10. Jan. Liberale Zeitungen beschäftigen sich mit der Frage der Präsidentenwahl für das Abgeordnetehaus. (Das vorjährige Präsidium bestand aus den Herren v. Köller, v. Benda und Stengel; das Centrum hatte damals — es war kurz nach der Kölner Dombaueier — keinen Sitz im Präsidium erhalten.)

„Die Präsidenschaft des Herrn v. Köller — so heißt es da — wird wohl von keiner Seite angefochten werden; dagegen wird das Centrum ohne Zweifel versuchen, die erste Vicepräsidentenstelle für sich zu gewinnen, und nach den Vorgängen im Reichstage und der ganzen Situation ist anzunehmen, daß diesmal die gemittelte deutsch-conservative Partei den Anspruch des Centrums unterstützen wird. Andererseits können die Liberalen vermöge ihrer Mitgliederzahl im Abgeordnetenhaus gewiß beanspruchen, daß die erste Vicepräsidenten-Stelle mit einem Angehörigen der linken liberalen Fraktion, der nationalliberalen besetzt wird, und werden ohne Zweifel an der bisherigen Zusammensetzung des Präsidiums festhalten. Nach den Informationen der A. L. Z. haben auch die Freiconservativen diese Ansicht. Ob Liberale und Freiconservative gegen Centrum und Conservative durchbringen werden, ist allerdings fraglich und ebenso wenn, falls die conservativ-ultramontane Coalition siegt, die Stelle des zweiten Vicepräsidenten zufallen wird. Die Entscheidung wird voraussichtlich von wenigen Stimmen und zufälligen Umständen abhängen.“

Dazu bemerkt die „Kreuztg.“, wenn das Centrum für sich einen Vicepräsidenten reclamirt, wird die conservative Fraktion es dabei unterstützen. Zu bezweifeln sei auch, daß die Freiconservativen, wie die „National-Zeitung“ meine, sich dem Wunsche des Centrums widersetzen würden.

Ueber die gestrige Rede des Abg. Dr. Freygr. v. Hertling urtheilt ein parlamentarischer Correspondent der „Eberl. Ztg.“ folgendermaßen: „Herr v. Hertling ist einer der sympathischsten Redner des Centrums und auf wirtschaftlichem Gebiete ein Fachmann, wie deren der Reichstag nur wenige aufweist. Die Begründung, die er seiner Interpellation gab, war eine rhetorische Musterleistung und kleidete sich in ihrem ersten und längeren Theile in die Form eines wohl durchdachten akademischen Vortrages über die sociale Frage. Der Interpellant ist ein überzeugter Gegner des sozialistischen Zukunftsstaates und der Ueberschätzung der staatlichen Einwirkung auf das wirtschaftliche Leben; er ist aber ein ebenso entschiedener Verurtheiler des manchesterlichen Prinzips des Geheulassens und der freien Concurrenz. Er wünscht das staatliche Eingreifen auf einem großen Theile des Erwerbsgebietes, ist auch ein Befürworter des Versicherungszwanges und vertritt namentlich die Ueberzeugung, daß auf dem Gebiete der Fabrikgesetzgebung zunächst praktisch mit Verbesserungen vorgegangen werden könne.“

Zu den Aussichten für den Antrag Windthorst schreibt die „Germ.“: „In wie weit die Situation bis morgen sich ändern wird, läßt sich nicht berechnen; bleibt sie unverändert, so ist die Annahme des Antrages wahrscheinlich.“ Das meint auch ein Correspondent der „Eberl. Ztg.“, nach dessen Annahme etwa 40 Mitglieder der Fortschrittspartei mit Richter und 57 SeceSSIONisten für den Antrag stimmen würden. Die Nationalliberalen werden dagegen stimmen. War nicht anders zu erwarten.

Die Liberalen sind außer sich über den Königl. Erlass betr. das Verhalten der Beamten bei den Wahlen. Es kann uns natürlich auch nicht gefallen, daß die Verwaltungsbeamten jedesmal ihren ganzen Einfluß für die Regierungspolitik einsetzen sollen, heute etwa für Freizügigkeit und morgen für Schutz Zoll, heute für Culturtampf nach dem Recepte Falk's und morgen nach dem des Herrn Pottfamer oder Götter. Wir meinen, Enthaltung von jeder Agitation gegen die Regierung, wie sie der Königl. Erlass von den übrigen Beamten fordert, sei auch für die Verwaltungsbeamten genug. Wie aber können, ist uns unbegreiflich. Denn so lange sie am Ruder waren, haben sie ohne den jetzigen Erlass dasselbe System befolgt gegen katholische Beamten. Wir erinnern an den Fall Kaufmann, der sogar einen Communalbeamten betraf, an die Jurisdispositionsstellung vieler ehrenhafter und ausgezeichneten Landräthe und an die Beurteilung von Beamten, deren Richtung dem Herrn Minister Falk nicht behagte. Der Abg. Dr. Behrenspennig durfte damals sogar wagen, die Regierung zu stramm-

rem Vorgehen gegen treue katholische Beamte aufzufordern, ohne auf Widerspruch bei seinen liberalen Gefinnungsgenossen zu stoßen. Die Liberalen werden darum wohl daran thun, reumüthig ihrer eigenen Sünden zu gedenken, ehe sie der Entrüstung über ein System Ausdruck geben, das sie gebilligt und gebildet, so lange sie Regierungspartei waren und nationalliberale Gefinnungstüchtigkeit als eine Empfehlung für rasches Avancement und als ein Feigenblatt für die Blößen an Begabung und Erfahrung galt.

Gegenüber dem Widerspruch der „Köln. Ztg.“ hält die „Kreuztg.“ mit aller Entschiedenheit ihre Nachricht aufrecht, daß die angekündigte kirchenpolitische Vorlage die abgelehnten Paragraphen des Gesetz-Entwurfes vom Jahre 1880 enthalten werde.

Der gestern Abend hier eingetroffene Bischof von Fulda stattete heute um die Mittagszeit dem Cultusminister v. Götter einen längeren Besuch ab und wird wahrscheinlich noch im Laufe des Tages vom Fürsten Bismarck und morgen von beiden Majestäten empfangen werden.

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Im Ministerrathe wurde diesen Morgen über den Gesetzentwurf auf Veränderung der Verfassung verhandelt. Dieser Entwurf verlangt Abänderung des Wahlverfahrens für die Senatoren auf Lebenszeit, Erweiterung der Zahl der Wähler, Beschränkung der Zuständigkeit des Senats in Budgetsachen und Aufnahme der Listenabstimmung in die Verfassung. Die Regierung will nach dem Vernehmen der „K. Ztg.“ diesen Gesetzentwurf zunächst allein den Kammermännern vorlegen, und zwar aus dem Grunde, weil Gambetta, falls derselbe verworfen wird, zurückzutreten beschloßen habe und dann die übrigen Vorlagen des Cabinets überflüssig seien. Der Ministerrath beschloß ferner, daß das Ministerium keine Erklärung geben werde. Der Präsident der Republik hat es abgelehnt, in dieser Sache eine Votschaft an die Kammer zu richten.

Im Senat eröffnete der Alterspräsident Gauthier de Clugny die Session durch eine Ansprache, worin er zur Fortsetzung einer besonnenen Politik ermahnte, welche der Politik der Leidenschaftlichen Widerstand leiste. (Beifall im rechten Centrum.) Auf die jüngsten Wahlen zurückweisend, fügte er hinzu: „Die Regierung hat jetzt die Mehrheit und muß zunächst die Wünsche des Landes für die Reorganisation des Richterstandes und andere Verbesserungen befriedigen, bevor zur Veränderung der Verfassung von 1875 geschritten werden kann. Diese Verfassungsrevision sei indeß überflüssig geworden, vornehmlich durch die Einführung der neuen Republikaner in den Senat infolge der Wahlen vom 8. Januar. Heute werde ein Gesetzentwurf für die Veränderung der Verfassung eingebracht, wofür eigentlich kein Grund mehr vorliegt; der Senat werde denselben mit Umficht und mit Unabhängigkeit prüfen. Redner, welcher heute zum sechsten Male Alterspräsident des Senats ist, wolle die gegen den Senat erhobenen Beschwerden noch einer kurzen Besprechung unterwerfen. Er geht auf die verschiedenen Abstimmlungen des Senats ein und äußert in Betreff der Listenabstimmung, daß die Republikaner und selbst die Minister über diese Fragen getheilte Ansicht wären, dies ein Grund sei, nicht weiter darauf einzugehen. Der Senat habe heute behandelt, als er den so sehr bestrittenen Antrag abgelehnt habe. Die Abstimmung nach Arrondissements (Bezirken) habe übrigens die republikanische Mehrheit des Senats verurtheilt und verdiene deshalb nicht alle die Vorwürfe, die ihr so verschwenderisch gemacht worden seien. Es liege auf der Hand, man wolle den Senat auf die gefährlichsten Abwege der Verfassungsänderung bis zu seiner Beilegung bringen; aber es liege auch auf der Hand, man lege Breche in den Senat mit Hilfe seiner Gegner. Die Regierung möge nicht vergessen, daß der Senat der Wächter der republikanischen Staatseinrichtungen werden könnte. Seit einem Jahrhundert habe man über die Nützlichkeit der verschiedenen Senate gegen die Regierung geklagt, und heute wolle man ihn dahin bringen, daß er nur noch das Echo der Deputirtenkammer werden könne. Redner, jetzt ein liberaler parlamentarischer Veteran, habe sechszig Jahre lang die persönliche Gewalt bekämpft und kämpfe jetzt gegen die Republik, die er für eine mögliche Regierungsform halte, und er rufe heute der Regierung zu: „Man küßt sich nur auf das, was Widerstandskraft hat.“ (Beifall auf einer Anzahl von Bänken.) Der Senat vertagte sich bis zum Samstag. In der Deputirtenkammer wurde, obgleich noch viele Deputirte fehlten, die Vorname der Wahl des endgültigen Präsidiums beschlossen. An der Abstimmung nahmen 296 Deputirte theil; davon erhielt Brisson 273 Stimmen, er wurde demnach wieder zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt. Die nächste Sitzung der Deputirtenkammer wurde auf Donnerstag anberaumt.

Der „National“ und mehrere andere Blätter verzeichnen das Gerücht, daß Herr Gambetta in der Erkenntniß, daß er seiner Aufgabe als leitender Minister nicht gewachsen und nicht im Stande sei, die so oft von ihm summarisch angeländigten Reformen in praktischen Gesetzentwürfen zu formuliren, entschlossen sei, aus dem Kabinet zurückzutreten, welches keine Aussicht hätte, im Kongreß durchzuführen, eine Kabinetsfrage zu machen, um mit Anstand von der Regierung zurücktreten zu können und sein Ansehen im Lande dabei doch unverletzt zu erhalten.

England.

London, 10. Jan. In einer Höhle in der Nähe von Gort wurden von der Polizei 30 Schindergewehre, 800 scharfe Patronen und 300 Dynamit-Patronen entdeckt.

Angriffe gegen Gambetta.

Herr Gambetta ist unter keinen günstigen Auspicien in das neue Jahr eingetreten. Derselben republikanischen Blätter, welche vor wenigen Monaten einstimmig verlangt hatten, er solle sich an die Spitze der Regierung stellen, greifen ihn jetzt mit beinahe der-

Beamt aufzufordern, liberalen Gefinnungs- werden darum wohl Sünden zu geben, them Ausdruck geben, lange sie Regierungs- Gefinnungstüchtigkeit Advancement und als Begabung und Er-

der Köln. Ztg. hält enheit ihre Nachricht n-politische Vor- des Gesetz-Entwurfes

ingetroffene Bischof Mittagszeit dem Cul- Besuch ab und wird Tages vom Fürsten Majestäten empfangen

nisterrathe wurde twurf auf Ver- turen. Dieser Entwurf hrens für die Sena- der Zahl der Wähler, Senats in Budget- stimmung in die Ver- dem Vernehmen der ist allein den Kam- Gründe, weil Gam- zurückzutreten be- zurlagen des Ca- rath beschloß ferner, g geben werde. Der zht, in dieser Sache zhten.

ent Gaultier de Ru- in er zur Fortsetzung der Politik der Leben- chen Centrum.) Auf er hinzu: „Die Regie- ist die Wünsche des es und andere Ver- rung der Verfassung- s-Verfassungsdre- en, vornehmlich durch den Senat infolge der Gegebenheit für die wofür eigentlich kein enstehen mit Unstift welcher heute zum t, will die gegen den kurzen Vorgespräch Abstimmmungen des Abstimmung, daß, da er diese Fragen ge- nicht weiter darauf ist, als er den so fr- stimmung nach Acron- publicanische Mehrheit nicht alle die Vor- worden seien. Es liege den gefährlichen Ab- seiner Veltigung man lege Breche in Regierung möge nicht er der republikanischen dem Jahrhundert habe in Senate gegen die t dahin bringen, daß werden könne. Neb- ran, habe schätzig und kämpfe seit zeh- nköpfige Regierungs- a zu: „Man stigt (Weiß auf einer ch bis zum Sam- leich noch viele De- endgültigen Prä- abmen 296 Depu- nten, er wurde dem- stenstammer gewählt. wurde auf Donner-

Blätter verzeichnen Gekennnt, daß er gemachten und nicht trisch angeklagten multiren, entschlossen Aussticht hätte, im a machen, um mit nnen und sein An- stalten.

der Nähe von Gort 800 scharfe Patro-

ta.

Auspicien in das hen Blätter, welche er solle sich an st mit beinahe der-

selben Einstimmigkeit an; viele seiner ehemaligen Freunde wenden sich von ihm ab und werden morgen vielleicht seine erklärten Feinde sein; schon fällt hier und da das Drohwort: „Nieder mit Gambetta!“ und wie die Intriganten, so künden auch die Anhänger des Chlois mit laum verhehlter Freude bereits an, daß das „große Ministerium“ in zwei oder drei Monaten wieder gestürzt sein werde. Der Grund dieser allgemeinen Aufregung gegen Gambetta ist die Ernennung des „reactionären“ Schriftstellers und von einer früheren republikanischen Regierung abgelehnten Staatsraths Weiß zum Director der politischen Angelegenheiten im auswärtigen Amt. Schon die Wahl des Generals de Miribel, der unter Mac Mahon ein Commando inne hatte, zum Generalschefs hatte beiden Republikanern viel böses Blut gemacht; doch die Gemäßigten beruhigten sich wieder, indem sie Angehörigen der vom General Jarre angerichteten Verwirrung in der Heeresorganisation und des unbestimmten Organisationsstaates des Generals de Miribel die Genußnahme gesten ließen, Gambetta habe nur ausnahms- weise und lediglich im Interesse der Armee einen „notorischen Reactionär“ im Staatsdienste angestellt. Bei dem Falle Weiß wollen aber selbst die gemäßigten Republikaner eine solche Entschuldigung nicht zulassen. „La Paix“ erklärt, Weiß habe kein anderes Verdienst, als seine vor einiger Zeit zu Gunsten des Listenscrutiniums unternommene Campagne, und dies sei nicht hinreichend zur Motivierung seiner Ernennung; dann fragt das Chloisblatt, ob denn die Führer der republikanischen Partei die Entfernung der reactionären Beamten gefordert hätten, um schließlich solche Enttäuschungen zu erfahren. Im „Sicde“, welches als Organ des Kammer-Präsidenten noch eine gewisse Zurückhaltung beobachtet, heißt es: „Wenn man heute so gefährliche Männer wieder anstellt, so braucht man sie nicht abzusehen; das Unheil, das sie angerichtet hätten, wäre unter einem Ministerium Freycinet oder Ferry nicht größer gewesen, als unter einem Ministerium Gambetta.“ Ebenfalls fragt die „France“: „Was würde Gambetta und sein Anhang dazu gesagt haben, wenn Waddington oder de Freycinet oder Jules Ferry es gewagt hätte, erklärte Gegner der Republik in wichtige Staatsämter zu berufen?“ Wenn die Intriganten Gambetta anklagen, er wolle „die Republik erweitern“ und darum umgebe er sich mit Männern, welche bereit seien, ihm bei einem Staatsstreich zu helfen, so ist dies wohl eine Uebertreibung, denn er denkt schwerlich daran, sich zum Kaiser der Franzosen zu machen. Dagegen haben diejenigen gewiß Recht, welche ihm Dictatorgehalte vorwerfen und in der Ernennung des Herrn Weiß einen Beweis dafür sehen, daß er der öffentlichen Meinung zu trogen suche und solche Leute begünstige, die sich vor seiner Person in den Staub werfen. In dieser Ansicht stimmen Jules Simon und Henri Rochefort, Comund About und Camille Jarcy, also Männer der verschiedenen Parteien, überein. So fragt der „Gaulois“: „Warum hat Gambetta die Ablegung Denormandies gewollt, der doch zur Verwaltung der französischen Bank bei weitem befähigter ist, als Weiß zur Leitung der politischen Angelegenheiten im auswärtigen Amt?“ Und das Organ Jules Simon antwortet: „Weil die, welche der Republik ergeben sind, nichts gelten, aber die, welche Herrn Gambetta ergeben sind, alles gelten.“ Ähnlich heißt es im „Nord“, „Intriganten!“ „Um in den Gambettischen Olymp aufgenommen zu werden, braucht man weder Talent, noch Patriotismus, noch Ueberzeugungen zu besitzen; es wird nur ein trummer Rücken verlangt.“ Noch schärfer urtheilt die France:

„Gambetta ist seit seinem Eintritt in das öffentliche Leben der bereitete Gegner der persönlichen Gewalt gewesen. Niemand hat den unvorsichtigen Versuch Mahons energischer bekämpft, niemand die Ueber den 16. Mai strenger verurtheilt. Dreizehn Jahre lang hat Gambetta sich beständig durch seinen Haß gegen jedes casarische Gebahren ausgezeichnet. Man hätte daher denken sollen, daß er, selber zur Regierung gelangt, praktisch die Ideen anwenden würde, denen er sein Glück verdankt. Allein eine Reihe von Thatfachen erlaubt nicht mehr, solche Illusionen zu hegen. Gambetta fällt in den Fehler der Regierungen, zu deren Sturze er mitgewirkt hat. Er verlangt weiter nichts, als Unterwürfigkeit gegen seine Person. In seinen Augen besteht die Nation nur aus Gambettisten und Nichtgambettisten, aus Leuten, die sich vor ihm in den Staub werfen, und aus solchen, die ihren Rücken nicht beugen. Er fragt nichts nach Doctrinen, Prinzipien und Programmen, oder vielmehr es gibt für ihn nur die eine Doctrin, das eine Princip, das eine Programm, nämlich: der unterthänige Gehorsam seines Ministeriums sein. Nur so erklärt man sich die Ernennungen des Generals de Miribel und des Herrn Weiß. Man könnte diese Ernennungen für den Anfang einer Aera der Verbesserung halten, wenn nicht vor vierzig Tagen in einer Revue die Artikel erschienen wären, in denen Herr Weiß das von ihm geforderte Unterpfand seiner Unterwürfigkeit gab, indem er das neue Cabinet mit Kopfschütteln überschüttete und denen dicken Wehr- rauch streute, die er zuvor angegriffen hatte. Will man jemanden anstellen, so darf man ihn nicht vorher erniedrigen, indem man ihn zwingt, in schmeichelhaften Zitungsartikeln öffentlich Buße zu thun. Herr Gambetta irrt sich, wenn er glaubt, durch ein solches Verfahren seine Regierung zu stärken. Er kößt nur die öffentliche Meinung von sich, die seine einzige Stärke ist. Ebenfalls täuscht er sich über die Servilität der Menschen. Weil er einige trumme Rücken gesehen hat, glaubt er, daß Niemand mehr den Kopf zu erheben wage. Die Zukunft wird ihn bald eines Besseren belehren, — auch in der Kammer.“

In dem „XIX. Siecle“, das bisher für Gambetta sehr be- geistert gewesen war, schließt Comund About einen Artikel mit den Worten:

„Besteht Gambettas famoser Plan etwa darin, uns aus dem Erkaunen in die Enttäuschung, aus der Enttäuschung in die Ver- führung, aus der Verführung in die Erbitterung fallen zu lassen, bis die allgemeine Erschöpfung Frankreich zu einer widerstands- losen Waffe gemacht hat? Wir haben von unserer Lande eine zu gute Meinung, um glauben zu können, daß es sich wie einen weichen Teig kneten lassen werde. Es hat die Militärdictatur nicht abgeschüttelt, um widerstandslos eine parlamentarische Dic- tatur zu ertragen. Eine in den Vorstädten viel gebrauchte Redens- art lautet: Man hat das Volk nicht angekratzt zum Westen! In der That empört uns die Impertinenz eben so sehr wie die Ge- waltthätigkeit. Wenn es großen Politikern erlaubt ist, die Men- schen zu verachten, so ist es doch niemals klug, diese Verachtung zur Schau zu tragen. Die großen Redner können ebenso wenig wie die großen Krieger lange gegen die öffentliche Meinung re- gieren, und ich wundere mich nur, daß der ehemalige Diener Mac-

Mahons diese Erfahrung nicht seinem neuen Gebieter zur Bele- ung mitgetheilt hat.“

Ja, die Unzufriedenheit erstreckt sich bis in das Lager der eigentlichen Gambettisten hinein. Der Deputirte Raquet, der zu Gambettas ergebensten Anhängern gehört, tadelt in einem Pro- vinzialblatte ganz entschieden die Ernennung des Generals de Miribel, und die Union republicaine, die von dem jetzigen Finanzminister Allain Targe früher dirigirt wurde, seufzt: „Das Ministerium macht seinen Freunden mit jedem Tage die Aufgabe schwerer, seine Vertheidigung zu führen. Von der Ernennung des Herrn Weiß, die allen aufrichtigen Republikanern zum Mergerniß gereichen muß, wollen wir nicht sprechen, denn wir möchten sonst zu viel sagen.“ Die übrigen Gambettistischen Organe schwiegen ebenfalls mehrere Tage lang still, bis endlich die „Republique frangaise“ sich zum Sprechen entschloß. Anstatt jedoch jene Ernennungen zu erklären und zu rechtfertigen, machte die „Rep- franc“ einen ziemlich plumpen Angriff auf Comund About und den Chefredacteur der „France“. Nun nahmen auch der „Tele- graphe“, das ehemalige Organ Jules Ferrys, das Brissonnische Organ „Le Siecle“, die „Justice“ und andere Blätter entschieden Partei für About und Jarcy, welche ihrerseits dem Minister-Präsidenten jetzt schon offen den Krieg erklären.

Rheinland und Westfalen.

Neuß, 11. Januar. In der heutigen Sitzung des Königl. Schöffengerichtes, in welcher unter dem Vorsitze des Amts- richters Rudloff als Schöffen Jol. Pomp, Notar zu Dor- magen, und Jol. Kallen, Aderer zu Geln, anwesend waren, kamen folgende Sachen zur Verhandlung: ad 1. waren angeklagt 1) Gustav R., 2) Joh. Peter Br., beide Tagelöhner zu Neuß, am 27. Juni 1881 zu Neuß ad 1) und 2) von dem Bahnhofe Neuß, wofolb sie ohne Befugniß weilten, auf die Aufforderung des Bedienten sich nicht entfernt, dann den Lademeister Janßen öffentlich beleidigt und denselben mit der Begehung eines Ver- brechens bedroht, ad 1) außerdem den Nachtwächter und Sta- tionsarbeiter Schr. mit der Begehung eines Verbrechens bedroht und den Schr. in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes thätlich angegriffen zu haben; Gustav R. wurde zu einer Ge- fängnißstrafe von 2 Monaten und Joh. Pet. Br. zu einer sol- chen von 6 Wochen verurtheilt. — ad 2. in der Privatklage des Josefa W., ohne Geschäft zu tätigen, Privatklägerin, gegen den Herrn W., Aderer und Wirth daselbst, Angeklagter, wegen öffentlicher verleumdender Beleidigung, wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 50 M. cont. Gefängnißstrafe von 10 Tagen verurtheilt, sowie dem beleidigten Theile die Befugniß er- theilt, den Tenor des ergangenen Urtheils einmal auf Kosten des Angeklagten durch die beiden zu Neuß erscheinenden Zeitun- gen veröffentlichen zu lassen. — ad 3) erschien vorgeladener aus der Verheirathung-Anstalt zu Brauweiler der Tagelöhner August J. aus Neuß; derselbe war angeklagt, am 24. August 1881 zu Neuß ein Stüd gestohlenes Siedes an sich gebracht zu haben; er wurde zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. — ad 4. Heinrich W., Tagelöhner zu Decassel, angeklagt, am 17. August 1881 zu Heerd groben Unfug verübt, den Polizeidiener H. öffentlich be- leidigt und denselben während der Ausübung seines Amtes thät- lich angegriffen, sowie aus dem Gemeindegelände zu Heerd, in welchem er ohne Befugniß verweilt, auf die Aufforderung des Bürgermeisters Sch. sich nicht entfernt zu haben; denselben traf eine Gefängnißstrafe von 6 Wochen sowie eine Haftstrafe von 6 Wochen. — ad 5. in der Nacht vom 28. auf den 29. August v. J. den Feldbüter Bericht und den Hülfspolizeidiener Höges in der Ausübung ihres Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet und den v. Höges thätlich angegriffen zu haben, war der Tagelöhner Jolob R. zu Neuß; derselbe wurde zu einer Ge- sammtgefängnißstrafe von 6 Wochen verurtheilt. — ad 6. wurde der Aderer Theodor L. aus Stürzeberg wegen Verübung groben Unfugs zu einer Geldstrafe von 2 M. verurtheilt. — ad 7. waren angeklagt 1) Jakob R., Aderer, 2) Heinrich R., Aderer, 3) Andr. B., Knecht, alle aus Dormagen, am 11. August 1881 zu Dormagen gemeinschaftlich den Schreinergehilfen Albert H. vorzüglich körperlich mißhandelt zu haben und zwar ad 3) mittelst eines gefährlichen Werkzeuges. Das Urtheil lautete bei Jakob R. auf 2 Monate und bei Andr. B. auf 3 Wochen Gefängnißstrafe, bei Heinrich R. wurde die Sache, da derselbe schwermüthlich zum Militär eingezogen, vor das betreffende Mi- litärgericht verwiesen.

ad 8. wurde gegen die Wittve Wilh. H. auf Geldstrafe von 5 M. und gegen die Ehefrau von Fr. R. auf eine solche von 10 M. anerkannt, weil dieselben ihre Kinder von der Begehung von Selbstmordthaten nicht abgehalten hatten; gegen die Kinder der Angeklagten Friedr. R. und Peter H. wurde auf Verweis- erlassen. — ad 9. eine Sache, Verübung groben Unfugs be- treffend, wurde auf den 25. d. M. verlag. — Nächste Sitzung am 18. Januar et.

Düsseldorf, 10. Jan. Wie die hiesige „Volksztg.“ meldet, hat der hiesige fortschrittliche Wahlverein gestern einstimmig fol- gende Resolution angenommen: „Der Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei in Düsseldorf erntet in dem Geleiche vom 4. Mai 1874 eine Abweichung von dem Princip des gleichen Rechtes für Alle und würde ein Eintreten der parlamentarischen Fraktion der Fortschrittspartei für den Antrag des Abg. Windthorst mit großer Genugthuung be- grüßen.“

Düsseldorf, 10. Jan. Die auf heute Nachmittag anbe- raumte Versammlung der Hauptcomites für die Ausstellung 1880 hat der „E. Ztg.“ zufolge die Ueberweisung der bekannten Summe von ca. 200.000 M. an die Stadt Düsseldorf zur Errichtung eines Museums für Kunstgewerbe beschloffen. Ferner wurden 10.000 M. vom Ueberfluß nach dem Zoologischen Gar- ten bewilligt, der in Folge der Ausstellung in den beiden letzten Jahren große Ausfälle gehabt. Die gegen die Bevorzugung der Ausstellungstadt gerichteten Anträge der Herren Regierungsrath Königs und General-Secretär Buch wurden mit großer Majori- tät abgelehnt, worauf sich die auswärtigen Mitglieder fast sammt- lich entzogen.

Wormen, 9. Jan. In voriger Woche hatte eine Familie eine Karre Kohlen erhalten, von welchen gestern die Tochter eine Partie auf den Ofen legen wollte, als sie in denselben einen cylindrisch-geformten Gegenstand bemerkte, welcher als eine Dyna- mitpatrone erkannt wurde, die, falls sie unbedacht in den Ofen geschüttet worden wäre, gräßliche Verwüstungen in dem jähleichen

bewohnten Hause angerichtet hätte. Die Patrone soll dem „St. A.“ zufolge über 1/2 Pfd. Dynamit enthalten haben.

Essen, 11. Jan. Der Mörder des hiesigen Schiff- wurde heute Morgen 8 Uhr enthauptet.

Ueckendorf, 10. Jan. Die „E. Ztg.“ schreibt: Eine Kartenlegerin in Essen prophezeite einem hiesigen Mädchen eine gute Partie mit einem reichen Manne, der in Amerika auf sie wartete. Der Entschluß auszuwandern war bald gefaßt, und es reiste nach Dortmund, um von dort aus nach Antwerpen abzu- dampfen. Mittlerweile hatte der Vater der Verlobten dies er- fahren, er reiste ihr noch und es glückte ihm noch, sie vor dem Einsteigen in den Zug auf dem Bahnhof in Dortmund zu er- wischen und heim zu bringen.

Wipperf, 8. Jan. Am Freitag Abend ereignete sich hier ein schreckliches Unglück durch das Explodieren einer Petroleum- lampe. Ein Mann, der mit Schreiben beschäftigt war, ließ durch eine ungeschickte Bewegung des Kopfes die Petroleumlampe um; das Öl entzündete sich in dem Behälter, dieser platzte und das brennende Raß ergoß sich über die Kleider des Unglücklichen. Im Nu stand dieser in lichter loher Flamme. Alle Lösungsversuche waren umsonst; in seiner Verzweiflung rannte der brennende zur Pumpe, um durch einen Wasserstrahl die Flamme zu löschen. Aber es war schon zu spät und das kalte Wasser mag wohl in die Brandwunden zu Gift geworden sein. Der Unglückliche wurde derart verletzt, daß er heute, nach 36 Rändigem schwerem Leiden, seinen Wunden erlegen ist. Frau und Sohn, welche dem Unglücklichen zu Hülfe kommen wollten, haben ebenfalls erhebliche Brandwunden davon getragen, so daß letzterer für längere Zeit arbeitsunfähig ist.

Vaderborn, 10. Jan. Nicht unliebsam wurde dieser Tage ein in unserer Nachbarschaft wohnender Oekonom überrascht. Er erhielt nämlich, wie man der „W. Volksztg.“ schreibt, einen Geld- brief aus Amerika, welcher nach deutschem Gelde ca. 200 Mark und ein Schreiben enthielt, mit der Bitte, nicht nach dem Ab- sender sich zu erkundigen; es gelte nämlich ein Unrecht wieder gut zu machen, und solle dieses Geld eine Abstragszahlung sein. Der Empfänger ist sich jedoch keines ihm zugefügten Unrechts bewußt.

Bermischtes.

Schwerin, 9. Jan. Heute früh 4 1/2 Uhr brach, wie man der „Post“ berichtet, im hiesigen Realchulgebäude Feuer aus, wahrscheinlich dadurch, daß, nachdem in der Nacht um 12 Uhr die Defen in den Klassenjimmern g-ht worden, in Folge der Schadhaftheit eines Ofens oder Schornsteins der Fußboden des chemischen Laboratoriums in Brand geriet. Bei dem starken Winde gelang es nur mit Mühe und nach mehrstündiger harter Arbeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und den an das brennende Schulhaus stoßenden Dom zu retten. Die oberen Räumlichkeiten der Schule sind vollständig ausgebrannt. Das Dach stürzte gegen 8 Uhr ein. Eine halbe Stunde später fiel auch der große Schornstein. Nachmittags war der Brand noch immer nicht völlig gelöscht. Das physikalische Cabinet konnte noch ausgeräumt werden, doch sind viele werthvolle Instrumente und Bücher ver- nichtet. Nachdem um 6 Uhr zum zweiten Male Feuerlärm ge- schlagen war, wurden zur Abhörung der Feuerwehr gegen 7 Uhr die Mannschaften des ersten Bataillons unseres Grenadier-Regi- ments requirirt. Ein Steiger der freiwilligen Feuerwehr ward durch einen herabfallenden Stein erheblich am Kopfe verletzt. Der Großherzog erschien bereits in aller Frühe auf der Brandstätte. — Am 15. d. wird in dem Missionshause Stepl die Feier der Entlassung zweier Missionare, welche ihre Reise nach China antreten, begangen werden.

Ein Bester Telegramm der Wiener „Presse“ meldet: „Die Schmelzhütten Schwefelgruben sind in Brand gerathen. Die Arbeit wurde eingestellt. Die Gefahr ist sehr groß. Wenn der Brand nicht bald erstickt wird, sind Millionen von Werthen ge- fährdet, tausend Arbeiter brodeln.“

Handels-Nachrichten.

Fruchtpreise zu Neuß am 12. Januar.					
1. Qual.	24	20	Hafser alter	17	20
2. „	22	20	neuer 1. Qual.	15	50
			2. „	14	—
1. Qual.	20	80	Rüben (Neuß)	26	50
2. „	19	80	Kaps	29	—
1. Qual.	—	—	Kartoffeln	5	—
2. „	—	—	Sen	12	—
			Hoggenstroh per Schock		

Preise unverändert.
Rübel per 100 Kilo in Bartheien von 100 Ctr. 61 —
Rübel per 100 Kilo sagweise 63 —
Bereinigtes Öl per 100 Kilo 3. — R. höher als Rübel 144 —
Bergfuchsen per 100 Kilo 6 —
Weizen-Vorfuß 00 per 100 Kilo 6 —
Kleien per 50 Kilo 6 —

Rübel und Rüben unverändert.
Köln, 11. Jan. (Amtliche Notirungen der Handelsmatten.)
Weizen matter, hies. eff. M. 23.00—24.00 S., fremder 23.00—
24.00 S., per März 23.20 bez., 23.30 S., 23.10 S., per Mai
— bez., 23.15 S., 23.10 S.
Roggen per März niedriger, hies. M. eff. 17.00—21.00 S.,
fremder 17.00—21.00 S., mit Gewicht von 59 Pfd. per 50 Liter
per März 17.25 bez., 17.25 S., 17.20 S., per Mai 17.05—10 bz.
17.00 S., 16.95 S.
Hafer ohne Sad per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50
Liter hies. eff. M. 16.00—17.00 S., fremder 16.00—17.00 S.
Rübel fester, per 50 Kilo mit Fuß in Eisen. eff. in Bartheien
von 100 Ctr. M. 30.80 S., per Mai — bez., 30.10 S., 30.00
S., Octbr. 29.50 S., 29.40 S.
(Handmarkt.) Preise und Stimmung unverändert. Keine
Zufuhr.

Andernach, 10. Januar. Der Markt war besahren mit 5000
kg. Weizen, 9000 kg. Roggen, 16500 kg. Gerste und 500 kg.
Hafer. Per 50 kg.: Weizen M. 12.17, Roggen 1.19, Gerst. 9.56
Hafer 8.40. Kartoffeln, frühe M. 2.50, späte 1.90, rote M. 3.—
per 50 kg.

Berlin, 11. Jan. Weizen per April-Mai M. 23.25 bez., Juni-
Juli 23.50 bez., Roggen per Jan. M. 17.50 — bez., April-Mai
M. 16.90 — bz., Hafer per April-Mai M. 14.50 — bz., Mai-Juni
14.75 bez., Rübel per Jan. M. 57.30 bez., April-Mai 57.80 bez.,
Spiritus loco M. 46.50 bez., per Jan. 49.25 bz., April-Mai 49.80
bez., Mai-Juni — bz., Juni-Juli 51. — bez.

